

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Aktive der Seebrücke,

vielen Dank für die Anfrage, die ich nachstehend gern beantworte.

Mit freundlichen Grüßen



Andrea Manz

(Direktkandidatin im WK 17)

1. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu der Forderung eines Landesaufnahmeprogramms für Rheinland-Pfalz?

Für die GRÜNEN steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt. Alle Menschen, gleich welcher Herkunft, verdienen Respekt, Teilhabe und Unterstützung. Daher wollen GRÜNE Zuflucht bieten durch eigene Landesaufnahmeprogramme und eine menschenrechtliche und solidarische Asylpolitik.

Landesweit gibt es Kapazitäten in den Aufnahmeeinrichtungen, so dass Integrationsministerin Anne Spiegel bereits im letzten Jahr gefordert hat, 5.000 besonders gefährdete Menschen aufzunehmen.

Hilfe braucht Verbindlichkeit und einen klaren Rahmen: GRÜNE wollen daher ein Landesaufnahmeprogramm aufsetzen für besonders verletzte und schutzbedürftige Menschen. Begleitend braucht es in Rheinland-Pfalz eine Atmosphäre von Aufgeschlossenheit und Zugehörigkeit. Dazu wurde in der letzten Legislatur ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit breitem Beteiligungsverfahren erarbeitet. Auch wurde die Sprachförderung weiterentwickelt und ausgeweitet.

2. Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, um sich für ein Landesaufnahmeprogramm in Rheinland-Pfalz einzusetzen?

Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, die Rechtsgrundlagen für die Aufnahmeprogramme der Länder zu verbessern. Auch für den Bundestag streben wir ein gutes Wahlergebnis an, damit sich das Personaltableau der Bundesregierung gerade in diesem Verantwortungsbereich mit gewinnenden Persönlichkeiten verändern lässt. Das könnte auch positiv auf eine Entscheidung in Rheinland-Pfalz ausstrahlen – es gilt also weiterhin Überzeugungsarbeit für eine Mehrheit im Landtag zu leisten!

Gleichzeitig aber muss unbedingt der Ausbau dauerhafter Strukturen in der Arbeit gegen

gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erfolgen. Ebenso brauchen wir ein Landesgesetz für Chancengleichheit und Vielfalt sowie ein starkes Landesantidiskriminierungsgesetz.

3. Wie stehen Sie zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Stadt und Landkreis Bad Kreuznach?

Wenn wir auch keine Notaufnahmeeinrichtung haben, so sind doch in Stadt und Kreis Bad Kreuznach gute Strukturen vorhanden, um Geflüchtete aufzunehmen. Selbstverständlich könnten wir ein Sicherer Hafen sein – wenn die im Kreistag und Stadtrat vertretenen Parteien ein Zeichen für Weltoffenheit, Mitmenschlichkeit und Toleranz setzen wollten. Von den zur Aufnahme vorgesehenen 1.500 Geflüchteten kämen, nach dem Verteilungsschlüssel, zehn in den Landkreis und drei in die Stadt. Da ist Luft nach oben.

Als einschränkenden Faktor in der Stadt sehe ich allerdings den Mangel an gutem, bezahlbarem Wohnraum. Zum Teil ist die Unterbringung beschämend – und das liegt nicht am Sozialamt, sondern am Verantwortungsbewusstsein von Vermietern. Nicht nur in der Kreuznacher Neustadt – auch manches Gebäude im Kurgebiet ist mir in letzter Zeit ins Auge gestochen...

4. Was sind Ihnen die wichtigsten Anliegen für die Integration von Geflüchteten vor Ort?

Für den sozialen Frieden ist der Ausbau des sozialen Wohnungsbaus eine wichtige Maßnahme, mit der Etablierung einer neuen Wohngemeinnützigkeit und einer dauerhaften sozialen Bindung. Das muss von auf Bundesebene dringend angestoßen werden. Dazu wollen die GRÜNEN Empfehlungen für Standards für kommunale Unterkünfte erstellen. Die dezentrale Unterbringung vor Ort muss konsequent gefördert werden, auch die eigenständige Wohnsitznahme durch private Anmietungen – besonders bei der Familienzusammenführung. Wichtig sind auch Grundsätze und Hilfestellung für die Teilhabe am öffentlichen Leben, Beratung und Hilfe in Fragen der gesundheitlichen Versorgung und der psychosozialen Betreuung (Traumatisierung) und Einbindung von ehrenamtlichem und nachbarschaftlichem Engagement. Letzteres geschieht hier vorbildlich und professionell strukturiert in Zusammenarbeit von Kirchen, Kommunen, Ehrenamtlichen und Vereinen. Diese wichtige Arbeit darf nicht länger als „freiwillige Leistung“ angesehen werden – sie sollte uns allen eine Pflicht sein. Ich bin froh über die Vernetzung, die inzwischen in vielen Bereichen läuft: Aktiv für Flüchtlinge, das Quartiersmanagement im Pariser Viertel und Bildungskoordinatorin beim Landkreis Bad Kreuznach leisten hier gute Arbeit. Nach wie vor sehe ich Bedarfe beim Spracherwerb – gerade jetzt während der Pandemie sind Menschen ohne Deutschkenntnisse noch mehr abgeschottet. Hier brauchen wir noch gezieltere Angebote.

Menschen sollen sich bei uns sicher und geborgen fühlen, aber auch ihren Teil zu einem gelingenden Miteinander beitragen. Rheinland-Pfalz als Vorzeigeland für interkulturelle Öffnung ist (m)ein GRÜNES Ziel. Darauf arbeite ich gerne hin. Für eine gute Zukunft. Für alle.